

Onkel Staatsmann

Raum für den Islam, Raum für den Nationalismus: Der Vorsitzende der PKK sucht einen Staat für sein Volk

Der Mann ist ein guter Gastgeber. Er serviert Tee und ist ausgesucht zuvorkommend. Gespräche kann man mit ihm in ruhiger und freundlicher Atmosphäre führen, Zeit nimmt sich der Vielbeschäftigte. Zumindest in dieser Frage sind sich seine Gäste – in letzter Zeit vor allem deutsche Journalisten, Politiker und Geheimdienstler – einig. Ansonsten gehen die Beschreibungen auseinander: Mal sieht der Mann, dessen Schnauzbart »erste silberne Fäden« zieren (»Süddeutsche Zeitung«), aus wie der »Hausmeister« (»Die Zeit«). Mal wie »eine gut getroffene Inkarnation des Bösen« (»Die Woche«). So muß der »Marxist und Leninist« (»Focus«) zuweilen auch aussehen, denn der 47jährige ist Chef einer »hundsgemeinen Terrororganisation« (Manfred Kanther, CDU).

Der Teekellner deutscher In-, Halb- und offizieller Offizieller heißt Abdullah Öcalan und ist Vorsitzender der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). In dieser Funktion halten ihn die einen für einen Terroristen, die anderen für einen Freiheitskämpfer, und Öcalan muß deshalb nur eines sein: Ein ganz normaler Politiker. Er besorgt sein Geschäft, die Realpolitik, gut: Seine Clique will er an die Macht bringen und igendwelche darüber hinaus gehende politische Ziele darf Öcalan nicht haben. Und er hat sie auch nicht.

Der PKK-Mann ist vor allem ein PR-Mann – in eigener Sache. Seine Partei gründete Öcalan 1978, nach Aufgehalten in diversen linksextremen türkischen Organisationen. Er mochte sich inhaltlich nicht festlegen: Zeitweilig sympathisierte er mit den Kommunisten, zeitweilig gar mit dem türkischem Nationalismus, den er heute bekämpft. Lediglich in seiner Gründerzeit konnte Öcalans Verein mit einer revolutionären Organisation verwechselt werden.

Der PKK gab er, inspiriert vom florierenden »antiimperialistischen Befreiungsnationalismus«, ein linkes Programm und trat vehement für die Abschaffung der »reaktionären Stammesorganisation und der Feudalstrukturen« in der kurdischen Gesellschaft ein. Anders konnte er sein Volk nicht zum Kampf motivieren: »Das schiere Sklavendasein und die Rückständigkeit der Kurden haben mich stets angewidert. Damit der Kurde geliebt wird, muß er aufstehen und kämpfen«, meinte der Strategie damals.

Heute laviert Öcalan zwischen allen möglichen Positionen, es stört ihn wenig, wenn sie sich widersprechen: »So wie es das Volk braucht, gibt es Raum für den Islam; wenn es den Sozialismus braucht, so werden wir ihn geben, wenn es Nationalismus braucht, so sind wir Nationalisten.« Und: »Das Volk ist die PKK«, so ist es in jeder Reklamebroschüre der Arbeiterpartei Kurdistans nachzulesen. Dem Volk wird gegeben, was der PKK nützt. Ist bei den kämpfenden Völkchen der Erde der Sozialismus angesagt, wird antikapitalistisch agitiert. Ist der Islamismus im Aufwind, wird die Diktion antisemitisch: »Es ist bekannt, daß die Freimaurer, Juden und der Zionismus weltweit sehr konspirativ arbeiten, denn sie beuten die Welt aus, sie spielen mit der Welt.« (Öcalan im »Kurdistan-Report«, 10-11/1994)

Indessen ist Öcalan nichts von dem, was er zu sein vorgibt: Er ist weder Islamist, Sozialist, Nationalist noch Revolutionär. Öcalan ist ein moderner Staatsmann ohne Staat. Und die Agitation stellt auf die Region ab, in der die PKK herrschen möchte: Anatolien liegt nicht ganz in Europa und nicht ganz im Nahen Osten. Und so ist Öcalan, der Diplomat, sowohl anti-westlich als auch pro-westlich. Einen Tag beklagt er den »beispiellosen Sittenverfall« Europas und Amerikas und fordert den »echten Islam«, am nächsten Tag will er ein »föderatives System, etwa nach deutschem Vorbild« errichten.

Anerkannt ist Öcalan als Staatsmann bislang nur von Syriens Präsidentem Hafis Al-Assad, der Öcalans 15.000 Kämpfer als Druckmittel gegen die Türkei im alten Streit um das Wasser des Euphrat braucht. Nun will Öcalan mit aller Macht Deutschland, den wichtigsten Bündnispartner Ankaras, für sich gewinnen. Den deutschen Behörden bietet sich »Apo« (Onkel), wie seine Anhänger ihn nennen, als verlässlicher Partner im Kampf gegen die Drogenkriminalität an (»In diesem Punkt können sie mir vertrauen«) und bedauert es, wenn die bundesrepublikanische »Rechtsordnung wegen unserer Aktionen Probleme gehabt hat«. Ernsthaft glaubt Öcalan nicht, daß kontrollierte Ausschreitungen von PKK-Anhängern und Drohungen mit Selbstmordattentätern die Bundesrepublik an den Verhandlungstisch zwingen: »Wir sind nicht so unwissend, einen solchen sinnlosen Krieg gegen Deutschland zu führen«, ließ er die BBC wissen.

Das PKK-Verbot von 1993 behindert Öcalan in der Praxis nicht, im Gegenteil. Die Kasse ist gut gefüllt und die kriminalisierten Kurden solidarisieren sich immer mehr mit seiner Partei. Forderte Öcalan früher noch einen kurdischen Staat, der die gesamte Kurdenregion umfaßt, würde ihm heute, nachdem er sich mit dem Führer der irakischen Kurden, Barzani, überworfen hat, eine Position als Regionalfürst im Südosten eines türkischen Bundesstaates ausreichen.

Seine PKK hat Öcalan zu einer modernen, in der Struktur an westlichen Maßstäben orientierten Organisation ausgebaut, während in der Türkei der Islamismus immer mehr Einfluß gewinnt. Warum also nutzt der Westen, vor allem das mit aller Gewalt umworbene Deutschland, die Chancen nicht, mit Öcalan weiteren Einfluß in der Region zu gewinnen? Nun, Deutschland tut, was es kann. Die Verhandlungen mit der PKK laufen seit einem Jahr, halboffiziell.